

«Kein Mensch kann von acht Franken am Tag leben»

Abgewiesene Flüchtlinge haben in der Schweiz kaum Perspektiven. Für die Tibeterin Tsering Dolmatsang ist aber auch die Rückreise keine Option. Nun kämpft sie für ihre letzte Hoffnung.

Freitag 17. Januar 2020 06:08 von Andres Marti



Ihr Leben soll andere Flüchtlinge abschrecken: Tsering Dolmatsang bei der Kollektivunterkunft in Zollikofen.
(Bild: Adrian Moser)

Das kleine Zimmer teilt sich Tsering Dolmatsang mit drei anderen Frauen aus Tibet. An der Wand ein Poster des Dalai Lama, im Gang der Geruch von Javelwasser. Rund 80 Flüchtlinge wohnen in dieser von der Heilsarmee betreuten Unterkunft an der Hauptstrasse in Zollikofen. Die 26-jährige Tsering Dolmatsang ist seit über zwei Jahren hier. Obwohl sie ihre Anwesenheit täglich mit einer Unterschrift bestätigen muss, müsste sie die Schweiz eigentlich längst verlassen haben.

Dolmatsang ist eine von rund 600 Personen, die im Kanton Bern mit einem negativen Asylentscheid leben. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) hat ihr Asylgesuch rechtskräftig abgelehnt. Das SEM stellt sich auf den Standpunkt, dass diese Menschen gefahrlos in ihr Herkunftsland zurückkehren können. Obwohl sie hier keine Perspektiven haben, weigern sich viele von ihnen, die Schweiz zu verlassen.

Geplatzter Traum

So auch Dolmatsang. 2015 reichte sie ihr Asylgesuch ein. Danach lernte sie Deutsch, half Bauern auf dem Feld und stellte mit anderen Flüchtlingen Taschen und Rucksäcke aus gebrauchten Werbebannern her. Drei Franken pro Stunde zahlte man ihr in diesen Beschäftigungsprogrammen. Dolmatsang war dankbar. Alles war besser, als in der Unterkunft herumzuhocken und zu warten.

Schliesslich konnte sie die Asylunterkunft verlassen und in eine Wohngemeinschaft in Belp einziehen. Als Nächstes wollte sie ihr Deutsch verbessern und eine Ausbildung in Angriff nehmen. Doch im März 2018 lehnte das SEM ihr Gesuch definit ab. «Meine Interviewer glaubten mir nicht, dass ich aus Tibet komme», sagt Dolmatsang.

Alles verboten

Seitdem lebt sie von der Nothilfe. Vom Kanton, der für den Vollzug der Ausschaffungen zuständig ist, gibt es nur noch das Allernötigste: eine Unterkunft, medizinische Grundversorgung und acht Franken Bargeld pro Tag. Jegliche Art von Arbeit ist verboten, auch unbezahlte, Ausbildung sowieso. Mit diesen Bestimmungen soll das Leben der abgewiesenen Asylsuchenden möglichst unangenehm werden. Das funktioniert: «Wenn man den ganzen Tag nichts machen darf, wird man irgendwann verrückt», sagt Tsering Dolmatsang.

Die Schweiz verlassen will sie trotzdem nicht. «Selbst wenn ich wollte, könnte ich nicht zurück», sagt Dolmatsang. Aus Angst, während der Flucht wieder nach China ausgeliefert zu werden, habe sie ihre Papiere zurückgelassen. Seitdem sie von der Nothilfe lebt, fürchtet sie sich auch von der Polizei. Sie versuche sich deshalb möglichst unauffällig zu verhalten.

Nothilfe soll abschrecken

Geht es nach den Plänen der Regierung und des Grossen Rates, soll das Leben der abgewiesenen Asylsuchenden künftig noch unangenehmer werden. So sieht die bernische Asylreform vor, dass Personen mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid getrennt von anerkannten Flüchtlingen, vorläufig Aufgenommenen und Asylsuchenden untergebracht werden.

Das Nothilferegime soll abschrecken. Abgewiesene Asylsuchende wie Dolmatsang würde der Regierungsrat deshalb am liebsten möglichst ablegen unterbringen. Doch der Plan, aus dem Jugendheim Preles, auf dem Tessenberg, ein sogenanntes Rückkehrzentrum zu machen, fand im Grossen Rat keine Mehrheit. Linke und Flüchtlingshelfer hatten den Betrieb als unmenschlich kritisiert. Letztlich scheiterte das Ansinnen der Regierung jedoch nur, weil auch die SVP wegen Sicherheitsbedenken dagegen war. Nun werden die Abgewiesenen ab Mitte dieses Jahres voraussichtlich auf drei Zentren in Aarwangen, Biel-Bözingen und Gampelen verteilt werden. Die gewinnorientierte Firma ORS hat mit ihrem Angebot die anderen Bewerber, Heilsarmee und Caritas, ausgestochen.

«Perfider Euphemismus»

Die Verschärfungen im Asylbereich rufen vielerorts die Zivilgesellschaft auf den Plan. Neben linken Flüchtlingshelfern sind es oft kirchliche Initiativen, die sich um Flüchtlinge mit einem Negativentscheid kümmern. Sie versuchen sich mit ihren Forderungen von den radikalen Flüchtlingshelfern abzugrenzen, um breite Allianzen zu schmieden.

«Wer einen Negativentscheid bekommen hat und zurückkehren kann, soll dies tun», sagt etwa Daniel Winkler, Pfarrer von Riggisberg. Bei den Tibetern und Eritreern sei dies jedoch nicht möglich. Winkler bezeichnet sie als Staatenlose in einer ausweglosen Situation. Er befürchtet, dass diese künftig in den Rückkehrzentren «verelenden». In der Bevölkerung hätten die meisten Menschen keine Ahnung, was die Nothilfe für die Betroffenen tatsächlich bedeute, ist der Pfarrer überzeugt. Er selber bezeichnet den Begriff als «perfiden Euphemismus», der mit Hilfe wenig zu tun habe: «Kein Mensch kann von acht Franken am Tag leben.»

Letzte Hoffnung Härtefall

In der Unterkunft in Zollikofen setzt Tsering Dolmatsan derweil all ihre Hoffnung auf ein Härtefallgesuch. Ein solches können auch abgewiesene Asylsuchende nach frühestens fünf Jahren einreichen – vorausgesetzt, ihre Integration ist bereits weit fortgeschritten und sie sind nicht straffällig geworden. Zuletzt hatten im November mehr als 20 Tibeterinnen und Tibeter aus Bern beim Migrationsamt der Sicherheitsdirektion Härtefallgesuche eingereicht. Wenn der Kanton der Meinung ist, dass bei Tibeterinnen und Tibeter ein Härtefall vorliegt, kann er die Gesuche ans SEM weiterleiten.

Freitag 17. Januar 2020 06:08 von Andres Marti

8 Franken im Tag und keine Zukunft

Nothilfe Abgewiesene Flüchtlinge haben in der Schweiz kaum Perspektiven. Für die 26-jährige Tibeterin Tsering Dolmatsang ist aber auch die Rückreise keine Option. Ihre einzige Hoffnung: ein Härtefallgesuch.

Andres Marti

Das kleine Zimmer teilt sich Tsering Dolmatsang mit drei anderen Frauen aus Tibet. An der Wand ein Poster des Dalai Lama, im Gang der Geruch von Javelwasser. Rund 80 Flüchtlinge wohnen in dieser von der Heilsarmee betreuten Unterkunft an der Hauptstrasse in Zollikofen. Die 26-jährige Tsering Dolmatsang ist seit über zwei Jahren hier. Obwohl sie ihre Anwesenheit täglich mit einer Unterschrift bestätigen muss, müsste sie die Schweiz eigentlich längst verlassen haben.

Dolmatsang ist eine von rund 600 Personen, die im Kanton Bern mit einem negativen Asylentscheid leben. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) hat ihr Asylgesuch rechtskräftig abgelehnt. Das SEM stellt sich auf den Standpunkt, dass diese Menschen gefahrlos in ihr Herkunftsland zurückkehren können. Obwohl sie hier keine Perspektiven haben, weigern sich viele von ihnen, die Schweiz zu verlassen.

Geplatzter Traum

So auch Dolmatsang. 2015 reichte sie ihr Asylgesuch ein. Danach lernte sie Deutsch, half Bauern auf dem Feld und stellte mit anderen Flüchtlingen Taschen und Rucksäcke aus gebrauchten Werbebanner her. Drei Franken pro Stunde zahlte man ihr in diesen Beschäftigungsprogrammen. Dolmatsang war dankbar. Alles war besser, als in der Unterkunft herumzuhocken und zu warten.

Schliesslich konnte sie die Asylunterkunft verlassen und in eine Wohngemeinschaft in Belp einziehen. Als Nächstes wollte sie ihr Deutsch verbessern und eine Ausbildung in Angriff nehmen. Doch im März 2018 lehnte das SEM ihr Gesuch definit ab. «Meine Interviewer glaubten mir nicht, dass ich aus Tibet komme», sagt Dolmatsang.

Seitdem lebt sie von der Nothilfe. Vom Kanton, der für den Vollzug der Ausschaffungen zuständig ist, gibt es nur noch das Allernötigste: eine Unterkunft, medizinische Grundversorgung und acht Franken Bargeld pro Tag. Jegliche Art von Arbeit ist verboten, auch unbezahlte, Ausbildung sowieso. Mit diesen Bestimmungen soll das Leben der abgewiesenen Asylsuchenden möglichst unangenehm werden. Das funktioniert: «Wenn man den ganzen Tag nichts machen darf, wird man irgendwann verrückt», sagt Tsering Dolmatsang.

Die Schweiz verlassen will sie trotzdem nicht. «Selbst wenn ich wollte, könnte ich nicht zurück», sagt Dolmatsang. Aus Angst, während der Flucht wieder nach China ausgeliefert zu werden, habe sie ihre Papiere zurückgelassen. Seitdem sie von der Nothilfe lebt, fürchtet sie sich auch von der Polizei. Sie versuche sich deshalb möglichst unauffällig zu verhalten.

Nothilfe soll abschrecken

Geht es nach den Plänen der Regierung und des Grossen Rates, soll das Leben der abgewiesenen Asylsuchenden künftig noch unangenehmer werden. So sieht die bernische Asylreform vor, dass



Ihr Leben soll andere Flüchtlinge abschrecken: Tsering Dolmatsang bei der Kollektivunterkunft in Zollikofen. Foto: Adrian Moser

«Wenn man den ganzen Tag nichts machen darf, wird man irgendwann verrückt.»

Tsering Dolmatsang
Abgewiesene Asylbewerberin

Personen mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid getrennt von anerkannten Flüchtlingen, vorläufig Aufgenommenen und Asylsuchenden untergebracht werden.

Das Nothilferegime soll abschrecken. Abgewiesene Asylsuchende wie Dolmatsang würde der Regierungsrat deshalb am liebsten möglichst ablegen unterbringen. Doch der Plan, aus dem Jugendheim Preles, auf dem Tessenberg, ein sogenanntes Rückkehrzentrum zu machen, fand im Grossen Rat keine Mehrheit. Linke und Flüchtlingshelfer hatten den Betrieb als unmenschlich kritisiert. Letztlich scheiterte das Ansinnen der Regierung jedoch nur, weil auch die SVP wegen Sicherheitsbedenken dagegen war. Nun werden die Abgewiesenen ab Mitte dieses Jahres voraussichtlich auf drei Zentren in Aarwangen, Biel-Bözingen und Gampelen verteilt werden. Die gewinnorientierte Firma ORS

hat mit ihrem Angebot die anderen Bewerber, Heilsarmee und Caritas, ausgestochen.

«Perfider Euphemismus»

Die Verschärfungen im Asylbereich rufen vielerorts die Zivilgesellschaft auf den Plan. Neben linken Flüchtlingshelfern sind es oft kirchliche Initiativen, die sich um Flüchtlinge mit einem Negativentscheid kümmern. Sie versuchen sich mit ihren Forderungen von den radikalen Flüchtlingshelfern abzugrenzen, um breite Allianzen zu schmieden.

«Wer einen Negativentscheid bekommen hat und zurückkehren kann, soll dies tun», sagt etwa Daniel Winkler, Pfarrer von Riggisberg. Bei den Tibetern und Eritreern sei dies jedoch nicht möglich. Winkler bezeichnet sie als Staatenlose in einer ausweglosen Situation. Er befürchtet, dass diese künftig in den Rückkehrzentren «verelenden». In der Bevölkerung hätten die meisten Menschen keine Ahnung, was die

Nothilfe für die Betroffenen tatsächlich bedeute, ist der Pfarrer überzeugt. Er selber bezeichnet den Begriff als «perfiden Euphemismus», der mit Hilfe wenig zu tun habe: «Kein Mensch kann von acht Franken am Tag leben.»

Ein Härtefall?

In der Unterkunft in Zollikofen setzt Tsering Dolmatsang derweil all ihre Hoffnung auf ein Härtefallgesuch. Ein solches können auch abgewiesene Asylsuchende nach frühestens fünf Jahren einreichen – vorausgesetzt, ihre Integration ist bereits weit fortgeschritten und sie sind nicht straffällig geworden. Zuletzt hatten im November mehr als 20 Tibeterinnen und Tibeter aus Bern beim Migrationsamt der Sicherheitsdirektion Härtefallgesuche eingereicht. Wenn der Kanton der Meinung ist, dass bei Tibeterinnen und Tibetern ein Härtefall vorliegt, kann er die Gesuche ans SEM weiterleiten.